

## ERKLÄRUNG DES IKBD ÜBER DIE ENTSCHLIESSEUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS VOM 19.9.2019 ÜBER DIE BEDEUTUNG DER ERINNERUNG AN DIE EUROPÄISCHE VERGANGENHEIT FÜR DIE ZUKUNFT EUROPAS

Das Internationale Komitee Buchenwald Dora und Kommandos (IKBD) äußert seine tiefe Besorgnis über die EntschlieÙung des Europäischen Parlaments vom 19. 09.2019 zur Bedeutung der Erinnerung an die europäische Vergangenheit für die Zukunft Europas.

Das IKBD betrachtet den Text dieser ersten EntschlieÙung des neugewählten Europäischen Parlaments über die historische Erinnerung für die Erziehung der Jugend und den Aufbau eines freien und demokratischen Europas als eine nicht erträgliche Beleidigung für die Opfer des Faschismus und des Nazismus sowohl wie für die Erbauer eines gelinderten, demokratischen und freien Europas.

Mit Recht besorgt sich die EntschlieÙung in ihrem letzten Teil über den Aufstieg in Europa von identitärischem Fremdenhass und fordert das Verbot von neofaschistischen und neonazistischen Gruppierungen (Punkt 20) Sie betont zugleich, *„dass die tragische Vergangenheit Europas auch künftig als moralische und politische Inspiration dienen sollte, sich den Herausforderungen der Welt von heute zu stellen, wozu der Kampf für eine gerechtere Welt, die Schaffung offener und toleranter Gesellschaften und Gemeinschaften, in denen ethnische, religiöse und sexuelle Minderheiten vertreten sind, und die praktische Umsetzung der europäischen Werte für alle Menschen dienen“* (Punkt 21).

Jedoch ist diese EntschlieÙung leider die Frucht ungesunder Kompromisse. Sie entwickelt trügerische und nicht akzeptable Argumente , die zur Misshandlung der historischen Wahrheit führen.

**Aus diesem Grund fordert das IKBD den sofortigen Rückzug der EntschlieÙung P9-TA-PROV (2019)0021.**

Das IKBD begründet folgende Argumente zur seiner Erklärung:

1. Das IKBD bedauert, dass die heutige EntschlieÙung des EU-Parlaments über über die Bedeutung der europäischen Erinnerung zum Aufbau eines europäischen Geschichtsbewusstseins keineswegs die zuvor entscheidende EntschlieÙung des Europäischen Parlaments vom 11. Februar 1993 zum europäischen und internationalen Schutz der von den nationalsozialistischen errichteten Konzentrationslager als historische Mahnmale erwähnt.
2. Das IKBD mahnt, dass der Hitler-Nazismus und der Stalin-Kommunismus keineswegs auf gleiche Ebene und unter dem zusammengefassten gleichgestellten Begriff von „Totalitarismus“, wie er schon in den 30er Jahren zur Kennzeichnung des Mussolini Regimes verwendet war, gestellt werden können. Einige Abgeordneten vergessen, dass ihre eigenen Länder, die sich damals auf der Umlaufbahn des nazistischen Regimes befanden, ihre eigenen Formen von Totalitarismus entwickelt haben: Finnland, Spanien, Portugal, Ungarn, Polen...
3. Das IKBD fordert, dass eine EU-Parlament EntschlieÙung zum europäischen Geschichtsbewusstsein die spezifischen Charakteren der nazistischen Ideologie nicht verbirgt: Rassismus, Antisemitismus, Völkermord gegen die Juden und Sinti und Roma, Vernichtungs- und Konzentrationslager, Mordstätten für behinderte Menschen, waren der Sockel des Hitlertäterregimes, und wurden parallel zu den Massakern von slawischen Völkern, zur Versklavung durch Zwangsarbeit von Millionen von Männern, Frauen und Kindern, die in Deutschland und in den vom III. Reich besetzten Ländern planmäßig und systematisch durchgeführt.

Das IKBD erinnert, dass alle Nationen die zum Opfer des Nazi Unterdrücker wurden, sich an die Organisation der Vereinten Nationen anschlossen.

4. Das IKBD betrachtet nicht, im Gegensatz zum Text der EU-Parlaments EntschlieÙung vom 19.9.2019 (Punkt 2), den deutsch-sowjetischen Pakt (Ribbentrop-Molotow) als den Ursprung des 2. Weltkrieges. Andere Kausalitäten werden in diesem Text vernachlässigt: das Versailles Abkommen, die 1929 Wirtschaftskrise. Geschwiegen werden die Wiederbesetzung des Saarlandes (1935), der Anti Komintern Pakt (November 1936), die Rom-Berlin Achse (November 1936) der Anschluss mit Österreich (März 1938), das Münchner Abkommen (September 1938): die berühmten Worten von Winston Churchill an den Premierminister Chamberlain dürften nicht vergessen werden: „Sie hatten die Wahl zwischen Krieg und Schande, sie haben sich für die Schande entschieden, und werden trotzdem den Krieg bekommen“. Die EntschlieÙung schweigt über die Besetzung des Sudetenlandes (Oktober 1938), und über den Einmarsch der Nazis in die Tschechoslowakei (März 1939).
5. Das IKBD bedauert die enge Betrachtung der EntschlieÙung über Russlands Leid, beschrieben (Punkt 15) „als das größte Opfer des kommunistischen Kommunismus“. Die EntschlieÙung vergisst das Leid und die Verluste durch den deutschen Naziangriff im Westen, und die japanischen Kräfte im Osten des Landes zu nennen.
6. Das IKBD bedauert tief, dass die EntschlieÙung den Völkermord und das Leid der Sinti und Roma schlicht und einfach auslässt, und die Verfolgung von Homosexuellen ignoriert. Genauso ignoriert sie die politischen Verfolgungen, die Internierung und Deportation von Millionen von Menschen durch Europa und deren gewaltige Ausbeutung in der nazistischen Kriegsindustrie. 2020 wird in Weimar ein Museum zum Thema der NS-Zwangsarbeit geöffnet, und damit das tragische Schicksal der internierten und deportierten Opfer des Nazismus geschildert und zur erweiterten Kenntnis des Publikums gebracht.
7. Das IKBD erinnert, was keinesfalls im Text der EntschlieÙung steht, dass zahlreiche deutsche Kommunisten zu den allerersten KZ-Häftlingen gehörten. Ihre Erinnerung darf nicht in Vergessenheit geraten.

Die ehemaligen Häftlinge des Lagers Buchenwald und seiner Außenkommandos haben diese beispiellosen Tatsachen und spezifischen Seiten der nazistischen Ideologie in ihrem Herz und Leibe erfahren.

Aus diesen Gründen,

Und im Namen der überlebenden KZ-Häftlinge aller Nationen und Opfer von Buchenwald und seiner 139 Außenkommandos,

Im Namen aller der Opfer der Nazibarbarei,

lehnt das IKBD die EntschlieÙung des Europäischen Parlaments vom 19. September 2019 zur „Bedeutung des europäischen Geschichtsbewusstseins für die Zukunft Europas“ als eine Beleidigung für die Erinnerung der Opfer und derjenigen, die für ein humanistisches Europa gekämpft haben, radikal ab.

Sollte der Aufbau eines besseren Bewusstseins für die Zukunft Europas auf der Denunzierung aller gestern wie heute begangenen Verletzungen der Menschenrechte und der Menschenfreiheiten „ruhen“, so erklärt das IKBD, dass dies im Respekt und in Übereinstimmung mit der historischen Wahrheit, ohne jeden gezwungenen Geschichtsvergleich und politisch kalkuliertes Amalgam geschehen soll.